

Bodenseekongress 2013 : Sparen ist kein sicherheitspolitisches Instrument

Autor(en): **Thomann-Baur, Irène**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **179 (2013)**

Heft 6

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-327689>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bodenseekongress 2013 – Sparen ist kein sicherheitspolitisches Instrument

Der gemeinsame Nenner, auf den die Referenten der drei Anrainerstaaten des Bodensees die künftigen Aspekte europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik stellten, lautete klar: Abbau der Streitkräfte. Zwar anerkennt jedermann die Vielfalt der Bedrohungen. Das hindert aber weder Deutschland, Österreich noch die Schweiz, munter an der Sparschraube zu drehen.

Irène Thomann-Baur

Der erste trinationale Bodenseekongress, organisiert von zehn sicherheitspolitischen Vereinigungen (für die Schweiz waren es die SOG, die Offiziersgesellschaften der Bodenseeregion sowie der VSWW), lockte am 20. April 2013 gut achtzig Teilnehmer nach Immenstaad nahe Friedrichshafen. Hochkarätige Referenten sorgten für einen aufschlussreichen Tag.

Europa muss Verantwortung übernehmen

Wolfgang Schneiderhan, der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, zeichnete ein schonungsloses Bild des Ist-Zustandes. Abschreckung funktioniert nicht mehr. Zerfallende Staaten verbreiten Unsicherheit, entwurzelte nichtstaatliche Akteure verfügen zunehmend über Gewaltmittel. Gegen sie, wie gegen Finanzkrisen, Rohstoffknappheit, gesellschaftliche Erosion, ausgelöst zum Beispiel durch hohe Arbeitslosigkeit, taugen rein militärische Abläufe nicht mehr. Eine Kriegserklärung an den Terrorismus bringt nichts. Die Probleme sind komplexer.

Die Sicherheit im Nahen Osten und im Mittelmeer betrifft in erster Linie den alten Kontinent. Hier liegt der sicherheitspolitische Gestaltungsraum Europas. Erstaunliche Hoffnungen setzt Schneiderhan in die OSZE, nächstes Jahr unter dem Vorsitz der Schweiz. So sollte die OSZE ein partnerschaftliches Verhältnis zu Russland aufbauen, das brächte Stabilität und schaffe Goodwill bei den USA, die von Europa mehr sicherheitspolitische Selbständigkeit erwarten. Österreich, Deutschland und die Schweiz könnten in der zivilen und militärischen Krisenprävention mehr leisten, sie eignen sich für diese Verbundaufgabe.

Die Zukunft beeinflussen

Die Reformation der Streitkräfte möchte der stellvertretende Generalstabschef des Österreichischen Bundesheeres, Generalleutnant Magister Othmar Commenda, auf einen Zeithorizont von 15 bis 20 Jahren und Zukunftsszenarien ausrichten. Mit welcher Art von Welt ist zu rechnen? Das Konfliktbild hat sich radikal verändert, die Entwicklung läuft davon. Wer hätte erwartet, dass die Marine einmal gegen Piraten zum Einsatz kommt? Europa hinkt in der Rüstung hinterher, gibt Geld für Falsches aus, unterschätzt z. B. Cybergefahren. Überall in Europa steigt das BIP, parallel dazu sinken die Verteidigungsausgaben. Da die territoriale Bedrohung schwindet, verweigert der Steuerzahler Investitionen und ignoriert, wie Asien sein wirtschaftliches und militärisches Potenzial stärkt. Besonders hart ging Commenda mit der Politik des eigenen Landes ins Gericht. Österreich hat ein Verteidigungsbudget von etwa zwei Milliarden Euro, 70 % davon fließen in Personalkosten. Altlasten hinterlässt die Beschaffung des Eurofighters. Österreich ist auf eine gesteigerte Kooperation in Europa angewiesen. Commenda plädierte für eine bilaterale «smart Defence» zunächst zwischen Österreich und Deutschland.

Falsche Sicherheit ist die grösste Gefahr

Auch in der Schweiz wird, wie Div Hans-Peter Walser, Chef Armeestab, festhielt, nicht zuerst die Frage beantwortet, welche Sicherheit wir wollen, nein, es wird in erster Linie über die Ressourcen debattiert. Erschwerend kommt dazu, dass die Wahrnehmung der Risiken, Gefahren und Bedrohungen je nach politischem Lager unterschiedlich ausfällt. Noch nie hat die

Schweiz so wenig für ihre Sicherheit ausgegeben wie heute.

In seiner Vorstellung der Schweizerischen Milizarmee, deren Eigenheiten er dem internationalen Publikum näher brachte, rückte Walser die subsidiären Einsätze in den Mittelpunkt. Die Kantone sind primär für die innere Sicherheit verantwortlich. Die Subsidiarität ist bei solchen Einsätzen im Rahmen der Abgrenzung zwischen zivilen und militärischen Aufgaben und der Zuständigkeiten von Bund und Kantonen zu beachten. Der Grund für diese Unterstützungseinsätze der Armee liegt bei den mangelnden Sicherheitsreserven der Kantone.

In der Beurteilung der Gefahren konnte Walser an seine Vorredner anknüpfen. Eine klassische militärische Bedrohung stuft er als gering ein. Immerhin, die schweren Mittel dafür sind vorhanden, wenn auch in reduziertem Umfang in Europa. Die schwer fassbaren Risiken rufen nach einem vielseitigen und flexiblen System.

Für den Chef des Armeestabes nicht verhandelbare Eckwerte der Planung sind Neutralität, allgemeine Wehrpflicht und Milizsystem. Der Sollbestand wird auf 100 000 AdA reduziert, was faktisch eine Halbierung der aktuellen Armee bedeutet. Der Feststellung von Walser, dass ein Leistungsprofil erst glaubwürdig wird, wenn auch die dafür nötigen Mittel gesprochen werden, konnten sich wohl alle im Publikum anschliessen.

Die Bodenseekonferenz startete erfolgreich und ruft nach einer Fortsetzung. Sie wird 2014 in der Schweiz stattfinden. Die Vorbereitungen laufen bereits an. ■



Hptm a D
Irène Thomann-Baur
Journalistin
8400 Winterthur